

Änderungsantrag

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines sechsten Gesetzes zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes

Drucksachen 18/9523, 18/9853

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur wolle beschließen:

In Artikel 1 wird die „Anlage (zu § 1 Absatz 1 Satz 2) Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen“ wie folgt geändert:

lfd.Nr.	Land	Straße	Straße	Projektbezeichnung		Bauziel	Dringlichkeit
444	BB	B096		Kreuz Oranienburg (A 10)	Lgr. BB/MV	N 2/4	Kein Bedarf

Begründung

Die folgenden Argumente gegen die Maßnahmen stammen aus dem Gründungsmanifest der „Allianz Havelallee“ vom September 2016, denen wir uns anschließen. Die Allianz ist ein Zusammenschluß verschiedener Naturschutzverbände und Bürgerinitiativen.

„1. Die A20 ist die am wenigsten befahrenste Autobahn der gesamten Bundesrepublik. Beide Ostseeautobahnen (A20 und 24) kennen keine Staus. Sie brauchen definitiv keine Abkürzung über die B96 nach Berlin. Genau andersherum soll es sein: Die A20 wurde zur Entlastung der B96 gebaut. Wir wollen den schweren LKW-Verkehr von der B96 zurück auf die A20 verlagern, um eine menschen- und tourismusgerechte Verkehrsberuhigung auf der B96 herbeizuführen.

2. Die Havelallee ist die grüne Schlagader, die kaufkräftige und wiederkehrende Urlauber und Naturtouristen – insbesondere aus dem Ballungsraum Berlin – in die nördlichen Tourismusregionen Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns bringt. Wir wollen Nordbrandenburg nicht zum Strassentransitland für Ostseeverkehr und internationalen Güterverkehr werden lassen.

3. Abgesehen von den grundsätzlichen falschen Anreizen für deutlich mehr LKW-Verkehr schadet die geplante Schnelltrasse dem Wirtschaftsstandort Brandenburg erheblich. So sollen zum Beispiel unberührte Naturschutzgebiete dem Transitverkehr zum Opfer fallen. Wir wollen den Wirtschaftsstandort oberes Havelland mit seinen nahezu einmaligen Naturparks und Erholungsgebieten stärken und nicht durch eine Transitschnelltrasse zerstören.

Wir fordern:

1. Planungserweiterung für den Umbau der B96 zur regional- und naturverträglichen Havelallee
2. Überprüfung des netzpolitischen Bedarfs der bisherigen Planungen
3. Schnellstmögliche Umsetzung der beschlossenen LKW-Maut
4. Einführung eines strategischen LKW-Nachtfahrverbots

5. Keine Genehmigung für Gigaliner (extraschwere LKWs mit Überlänge)
6. Umwidmung der A20/A11 zur Europastraße E251
7. Ortsverträgliche Verkehrsberuhigung der betroffenen Städte und Gemeinden in einem transparenten Bürgerdialog
8. Realisierung höhere Streckengeschwindigkeiten des Regionalzuges RE5 und Halbstundentaktung zu Spitzenzeiten für Pendler und Touristen.“

Berlin, den 22. November 2016